

## Grundlage der Erstellung (nicht testiert)

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet die Abschlüsse der Deutschen Bank AG sowie ihrer Tochtergesellschaften und wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Dieser Abschluss wird in Übereinstimmung mit dem IFRS-Standard zur Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) dargestellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank ist nicht testiert und beinhaltet zusätzliche Angaben zur Segmentberichterstattung, zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung, zur Bilanz und zu sonstigen Finanzinformationen. Er sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 gelesen werden, der nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt wurde, mit Ausnahme der Erstanwendung der überarbeiteten Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“, der geänderten Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“, und der Änderungen der IFRS 2009 („Improvements to IFRS 2009“), deren Auswirkung auf den Konzernabschluss im Abschnitt „Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften“ dargelegt wird.

Die Erstellung von Abschlüssen gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, die Wertminderung („Impairment“) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, von Goodwill und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern, Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen, ungewisse gesetzliche und regulatorische Verpflichtungen, Rückstellungen für Versicherungs- und Kapitalanlageverträge sowie die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2010 gewertet werden.

Der Konzern wendet Schätzungen bei der Ermittlung der Wertberichtigung für homogene Kreditportfolios an, die auf historischen Erfahrungswerten basierende statistische Modelle verwenden. In regelmäßigen Abständen führt der Konzern Maßnahmen durch, um die verwendeten Eingangsparameter und Modellannahmen an historisch nachgewiesene Verlusthöhen anzugleichen. Entsprechende Anpassungen im Geschäftsjahr 2009 führten im ersten Quartal 2009 zu einer einmaligen Auflösung der Wertberichtigung in Höhe von 60 Mio € sowie im ersten Quartal 2010 zu einer niedrigeren Nettozuführung zur Wertberichtigung in Höhe von 28 Mio €.

Im zweiten Quartal 2009 wurde die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung rückwirkend angepasst, um Prämien für Finanzgarantien als Aufwand darzustellen, anstatt sie gegen die Erträge zu verrechnen, da sie in keinem direkten Bezug zu ertragsgenerierenden Aktivitäten stehen. Diese Anpassungen hatten keine Auswirkung auf das Ergebnis nach Steuern, aber einen Anstieg der Sonstigen Erträge und des Sachaufwands und sonstigen Aufwands in Höhe von jeweils 36 Mio € zur Folge.

# Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

## Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses im ersten Quartal 2010 zur Anwendung kamen.

### IFRS 3 und IAS 27

Im Januar 2008 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“ („IFRS 3 R“), und eine geänderte Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“ („IAS 27 R“). Während in IFRS 3 R die Anwendung der Erwerbsmethode auf Unternehmenszusammenschlüsse weiterentwickelt wird, enthält IAS 27 R geänderte Vorschriften zur bilanziellen Darstellung von Minderheitsanteilen sowie zur Bilanzierung im Fall eines Verlusts des beherrschenden Einflusses auf eine Tochtergesellschaft. IFRS 3 R sieht für das erwerbende Unternehmen ein im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses auszuübendes Wahlrecht vor, die Anteile ohne beherrschenden Einfluss entweder zum Fair Value zum Erwerbszeitpunkt oder zum Fair Value der anteiligen identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu bewerten. Im Fall eines sukzessiven Unternehmenserwerbs werden die identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu dem Zeitpunkt zum Fair Value bewertet, zu dem der Erwerber einen beherrschenden Einfluss erlangt. Ein Gewinn oder Verlust wird in Höhe der Differenz zwischen dem Fair Value der bisher gehaltenen Anteile am erworbenen Unternehmen und dessen Buchwert ergebniswirksam erfasst. Ferner verlangt IAS 27 R die erfolgsneutrale Erfassung der Effekte aller Transaktionen mit den Eigentümern von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss im Eigenkapital, wenn sich das Beherrschungsverhältnis nicht ändert. Führen Transaktionen hingegen zu einem Verlust der Beherrschungsmöglichkeit, ist der daraus resultierende Gewinn oder Verlust ergebniswirksam zu erfassen. Der Gewinn oder Verlust beinhaltet auch Effekte aufgrund einer Neubewertung der zurückbehaltenen Beteiligungsanteile zum Fair Value. Darüber hinaus legt IFRS 3 R fest, dass alle im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses übertragenen Gegenleistungen, einschließlich bedingter Gegenleistungen, zum Erwerbszeitpunkt zum Fair Value bewertet und ausgewiesen werden. Transaktionskosten, die dem erwerbenden Unternehmen im Zusammenhang mit dem Unternehmenszusammenschluss entstehen, werden nicht als Bestandteil der Anschaffungskosten der Transaktion, sondern als Aufwand erfasst. Dies gilt nicht, wenn sie im Zusammenhang mit der Emission von Schuldtiteln oder Aktien stehen. In diesem Fall werden sie gemäß IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, bilanziert. IFRS 3 R und IAS 27 R treten für Unternehmenszusammenschlüsse in den Geschäftsjahren in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig, sofern beide Standards gleichzeitig angewandt werden. IFRS 3 R wurde auf den Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe angewandt. Im Gegensatz zu früheren Akquisitionen wurden alle Transaktionskosten als Aufwand erfasst. Für eine detaillierte Darstellung verweisen wir auf „Sonstige Finanzinformationen“ in diesem Bericht. IFRS 3 R und IAS 27 R können im Vergleich zu den früheren Versionen der Standards wesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben, wenn Akquisitionen und Veräußerungen getätigt werden.

### **Änderungen der IFRS 2009 („Improvements to IFRS 2009“)**

Im April 2009 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

### **Neue Rechnungslegungsvorschriften**

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften sind für den Konzern von Bedeutung, waren zum 31. März 2010 aber noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung.

### **IAS 24**

Im November 2009 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IAS 24, „Related Party Disclosures“ („IAS 24 R“). IAS 24 R gewährt eine teilweise Ausnahme von den Offenlegungspflichten für Unternehmen, die unter der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder dem maßgeblichen Einfluss der öffentlichen Hand stehen (sogenannte „Government-related Entities“), und enthält eine Klarstellung der Definition eines nahestehenden Dritten. Die überarbeitete Fassung von IAS 24 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Änderungen auf den Konzernabschluss.

### **IFRS 9**

Im November 2009 veröffentlichte der IASB IFRS 9, „Financial Instruments“, der einen ersten Schritt seines Projekts zur Ablösung von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, repräsentiert. Mit IFRS 9 werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, die im Anwendungsbereich von IAS 39 liegen, eingeführt. Danach werden alle finanziellen Vermögenswerte auf Basis des Geschäftsmodells des Unternehmens zur Steuerung seiner finanziellen Vermögenswerte sowie der Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts klassifiziert. Ein finanzieller Vermögenswert wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, wenn die folgenden zwei Kriterien erfüllt sind: (a) Die Zielsetzung des Geschäftsmodells des Unternehmens liegt darin, die finanziellen Vermögenswerte zu halten, um damit die vertraglich festgelegten Zahlungsströme zu erzielen; und (b) die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts führen zu Zahlungsströmen, die ausschließlich Tilgungen und Zinszahlungen darstellen. Ein finanzieller Vermögenswert, der die Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, kann nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden, wenn hierdurch Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz erheblich verringert oder beseitigt werden. Ein finanzieller Vermögenswert, der nicht beide Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaf-

fungskosten erfüllt, wird in der Folge zum Fair Value bewertet. Ferner ist unter IFRS 9 für finanzielle Basisverträge eine Trennung eingebetteter Derivate nicht mehr erforderlich. Ein hybrider Vertrag, der einen finanziellen Basisvertrag beinhaltet, ist in seiner Gesamtheit entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum Fair Value zu klassifizieren. Nach IFRS 9 ist eine Umklassifizierung zwingend vorzunehmen, wenn sich das Geschäftsmodell des Unternehmens ändert. Solche Änderungen sind selten zu erwarten. In diesem Fall hat eine Umgliederung der betreffenden finanziellen Vermögenswerte prospektiv zu erfolgen. Für vertraglich verknüpfte Instrumente, bei denen Konzentrationen des Kreditrisikos vorliegen, wie es häufig bei Tranchen von Investments in Verbriefungen der Fall ist, gibt es spezifische Regelungen. Zusätzlich zu der Beurteilung der Klassifizierungskriterien von IFRS 9 für das einzelne Finanzinstrument ist eine Durchschau auf die Zahlungseigenschaften des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten erforderlich. Um zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet zu werden, muss das Kreditrisiko der Tranche gleich oder geringer sein als das durchschnittliche Kreditrisiko des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten und diese Finanzinstrumente müssen bestimmte Kriterien erfüllen. Ist eine Durchschau praktisch nicht möglich, muss die Tranche als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden. Nach IFRS 9 sind alle Eigenkapitaltitel grundsätzlich zum Fair Value zu bewerten. Allerdings besteht für Eigenkapitaltitel, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, ein Wahlrecht, unrealisierte und realisierte Fair-Value-Gewinne und -Verluste erfolgsneutral unter den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten auszuweisen. Dieses Wahlrecht ist nur zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes fallweise ausübbar und nicht revidierbar. Fair-Value-Gewinne und -Verluste werden in den Folgeperioden nicht erfolgswirksam, Dividenden aus solchen Investments hingegen weiterhin erfolgswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. IFRS 9 ist retrospektiv anzuwenden, jedoch ist bei einer Anwendung vor dem 1. Januar 2012 keine Anpassung der Vergleichsperioden notwendig. Darüber hinaus können Unternehmen, die den Standard vor dem 1. Januar 2011 anwenden, als Erstanwendungszeitpunkt, an dem die Klassifizierung der finanziellen Vermögenswerte festgelegt wird, jedes Datum ab der Veröffentlichung von IFRS 9 bis zum 1. Januar 2011 wählen. IFRS 9 ist seitens des IASB verabschiedet worden, bedarf aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung von IFRS 9 auf den Konzernabschluss.

## Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, die Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten und zur Beurteilung ihrer Performance herangezogen werden.

### Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden.

Es gab in den ersten drei Monaten 2010 keine wesentlichen organisatorischen Änderungen mit Wirkung auf die Zusammensetzung der Geschäftssegmente. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden auch für geringfügige organisatorische Änderungen angepasst, falls diese in den internen Berichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Die folgende Transaktion wirkte sich auf die Segmentberichterstattung des Konzerns aus: Zum 15. März 2010 erwarb der Konzern die Sal. Oppenheim Gruppe, die mit Ausnahme des Geschäfts der BHF-Bank dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management zugeordnet ist. Das Geschäft der BHF-Bank ist dem Konzernbereich Corporate Investments zugeordnet.

### Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Die Finanzkrise führte zu erheblichen Veränderungen in den Konditionen, zu denen sich bestimmte Geschäftstätigkeiten refinanzieren können. Die Bank veranlasste daraufhin eine Überprüfung ihrer internen Refinanzierungssysteme und beschloss im zweiten Quartal 2009 eine Verfeinerung ihrer internen Refinanzierungssätze, die eine angemessenere Vergütung für Liquidität aus unbesicherten Finanzierungsquellen vorsieht und die Risiken bestimmter Vermögenswerte stärker berücksichtigt.

Nachfolgend sind die finanziellen Auswirkungen auf die Geschäftsbereiche im ersten Quartal 2010 beschrieben:

- GTB (29 Mio €) und AWM (5 Mio €) erhielten zusätzliche Gutschriften.
- CB&S (25 Mio €) und CI (9 Mio €) erhielten zusätzliche Belastungen.

### Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für das erste Quartal 2010 und 2009.

1. Quartal 2010	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
<b>Erträge</b>	<b>5.992</b>	<b>636</b>	<b>6.628</b>	<b>831</b>	<b>1.412</b>	<b>2.244</b>	<b>220</b>	<b>- 93</b>	<b>8.999</b>
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft</b>	<b>93</b>	<b>- 4</b>	<b>90</b>	<b>3</b>	<b>170</b>	<b>173</b>	<b>0</b>	<b>- 0</b>	<b>262</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt</b>	<b>3.295</b>	<b>520</b>	<b>3.816</b>	<b>832</b>	<b>1.053</b>	<b>1.885</b>	<b>156</b>	<b>87</b>	<b>5.944</b>
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	140	-	140	0	-	0	-	-	140
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	29	29	-	-	-	-	-	29
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Anteile ohne beherrschenden Einfluss</b>	<b>14</b>	<b>-</b>	<b>14</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>- 1</b>	<b>- 15</b>	<b>-</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>2.589</b>	<b>119</b>	<b>2.708</b>	<b>- 5</b>	<b>189</b>	<b>184</b>	<b>65</b>	<b>- 165</b>	<b>2.793</b>
Aufwand-Ertrag-Relation	55 %	82 %	58 %	100 %	75 %	84 %	71 %	N/A	66 %
Aktiva <sup>1</sup>	1.442.197	57.377	1.483.087	57.028	129.831	186.830	43.802	10.624	1.670.442
Durchschnittliches Active Equity <sup>2</sup>	14.914	1.277	16.191	5.754	3.400	9.154	5.264	6.992	37.601
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) <sup>3</sup>	69 %	37 %	67 %	- 0 %	22 %	8 %	5 %	N/A	30 %

N/A – nicht aussagefähig

- Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [4] im Finanzbericht 2009. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 29 %.

1. Quartal 2009	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
<b>Erträge</b>	<b>4.255</b>	<b>666</b>	<b>4.922</b>	<b>514</b>	<b>1.381</b>	<b>1.896</b>	<b>153</b>	<b>267</b>	<b>7.238<sup>1</sup></b>
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft</b>	<b>356</b>	<b>1</b>	<b>357</b>	<b>5</b>	<b>165</b>	<b>169</b>	<b>- 0</b>	<b>- 0</b>	<b>526</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt</b>	<b>2.581</b>	<b>438</b>	<b>3.019</b>	<b>687</b>	<b>1.010</b>	<b>1.697</b>	<b>89</b>	<b>91</b>	<b>4.897</b>
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 64	-	- 64	0	-	0	-	2	- 62
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Anteile ohne beherrschenden Einfluss</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>1</b>	<b>- 4</b>	<b>- 0</b>	<b>- 4</b>	<b>0</b>	<b>3</b>	<b>-</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>1.318</b>	<b>227</b>	<b>1.545</b>	<b>- 173</b>	<b>206</b>	<b>33</b>	<b>65</b>	<b>173</b>	<b>1.815</b>
Aufwand-Ertrag-Relation	61 %	66 %	61 %	134 %	73 %	90 %	58 %	N/A	68 %
Aktiva (zum 31.12.2009) <sup>2</sup>	1.308.222	47.414	1.343.824	43.761	131.014	174.739	28.456	9.556	1.500.664
Durchschnittliches Active Equity <sup>3</sup>	20.328	1.163	21.491	4.715	3.681	8.395	2.913	347	33.146
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) <sup>4</sup>	26 %	78 %	29 %	- 15 %	22 %	2 %	9 %	N/A	22 %

N/A – nicht aussagefähig

- Beinhaltet eine Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen, welche für die Berechnung der Zielgrößendefinitionen unberücksichtigt bleibt.
- Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [4] im Finanzbericht 2009. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 23 %.

## Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

Im ersten Quartal 2010 verzeichnete Consolidation & Adjustments einen Verlust vor Steuern von 165 Mio € gegenüber einem Gewinn vor Steuern von 173 Mio € im Vergleichsquartal des Vorjahres. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf unterschiedliche Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und IFRS zurückzuführen. Im Vergleichsquartal des Vorjahres waren Eurozinssätze deutlich zurückgegangen, was zu einem Gewinn bei ökonomisch abgesicherten kurzfristigen Positionen führte, der teilweise durch die Umkehrung von Gewinnen aus solchen Positionen aus Vorperioden ausgeglichen wurde. Im Berichtsquartal ergab sich ein geringer Verlust aus der Umkehrung solcher Gewinne aus Vorperioden.

## Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für das erste Quartal 2010 und 2009.

in Mio €	Corporate and Investment Bank	
	1. Quartal	
	2010	2009
Sales & Trading (Equity)	944	215
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.802	3.812
<b>Sales &amp; Trading insgesamt</b>	<b>4.746</b>	<b>4.027</b>
Emissionsgeschäft (Equity)	116	90
Emissionsgeschäft (Debt)	316	130
<b>Emissionsgeschäft insgesamt</b>	<b>432</b>	<b>220</b>
Beratung	131	129
Kreditgeschäft	513	645
Transaction Services	636	666
Sonstige Produkte	170	- 765
<b>Insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>6.628</b>	<b>4.922</b>

<sup>1</sup> Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

Die Darstellung der Sales & Trading Erträge wurde im ersten Quartal 2010 aufgrund einer Überprüfung der Zuordnung von bestimmten Ertragskomponenten zu den Produktkategorien angepasst. Die Vorperioden wurden entsprechend angepasst. Die Überprüfung resultierte in einem Transfer von ungefähr 60 Mio € negativen Erträgen von Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) zu Sales & Trading (Equity) im ersten Quartal 2009. Die Erträge von CIB blieben insgesamt unverändert.



in Mio €	Private Clients and Asset Management	
	1. Quartal	
	2010	2009
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	577	443
Beratungs-/Brokeragegeschäft	420	405
Kreditgeschäft	657	628
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	473	436
Sonstige Produkte	116	- 17
<b>Insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>2.244</b>	<b>1.896</b>

<sup>1</sup> Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

Die Darstellung der Erträge in PCAM wurde im ersten Quartal 2010 aufgrund einer Überprüfung und Verfeinerung der Produktklassifizierungen angepasst. Die Änderungen betrafen vor allem die Erträge des Einlagengeschäfts, die bisher zusammen mit Erträgen aus dem Kreditgeschäft berichtet wurden. Die Erträge des Einlagengeschäfts wurden jetzt mit Erträgen aus Zahlungsverkehr zusammengefasst. Erträge aus Kreditprodukten werden jetzt separat berichtet. Erträge aus der Vermittlung von Versicherungen, zuvor unter Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen ausgewiesen, werden jetzt unter Beratungs-/Brokeragegeschäft berichtet. Diese Änderungen erhöhen die Transparenz und bilden das Management der Produkte besser ab. Die Vorperioden wurden entsprechend angepasst. Die Erträge von PCAM blieben insgesamt unverändert.

# Angaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung (nicht testiert)

## Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
Zinsüberschuss	3.671	3.843
Handelsergebnis <sup>1</sup>	3.126	1.926
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen <sup>2</sup>	- 547	338
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	2.579	2.264
<b>Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt</b>	<b>6.250</b>	<b>6.107</b>
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:		
Sales & Trading (Equity)	797	0
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.357	3.996
Sales & Trading insgesamt	4.154	3.996
Kreditgeschäft <sup>3</sup>	297	368
Transaction Services	268	273
Übrige Produkte <sup>4</sup>	156	11
Corporate and Investment Bank insgesamt	4.876	4.648
Private Clients and Asset Management	1.033	986
Corporate Investments	10	370
Consolidation & Adjustments	331	103
<b>Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt</b>	<b>6.250</b>	<b>6.107</b>

- Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten sowie aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.
- Beinhaltet Verluste in Höhe von 30 Mio € für das erste Quartal 2010 (erstes Quartal 2009: minus 106 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Fair-Value-Änderungen korrespondierender Instrumente in Höhe von 54 Mio € für das erste Quartal 2010 (erstes Quartal 2009: minus 400 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.
- Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.
- Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

## Provisionsüberschuss

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	811	727
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	912	830
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	738	622
<b>Provisionsüberschuss insgesamt</b>	<b>2.461</b>	<b>2.179</b>

## Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
<b>Aufwendungen für Pensionspläne:</b>		
Laufender Dienstzeitaufwand	58	51
Zinsaufwand	128	116
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	- 120	- 102
Sofort erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	7	9
<b>Pensionspläne insgesamt</b>	<b>73</b>	<b>74</b>
<b>Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne:</b>		
Laufender Dienstzeitaufwand	1	1
Zinsaufwand	2	2
<b>Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt</b>	<b>3</b>	<b>3</b>
<b>Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne</b>	<b>76</b>	<b>77</b>
<b>Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne</b>	<b>71</b>	<b>64</b>
<b>Pensionsaufwendungen insgesamt</b>	<b>147</b>	<b>141</b>
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	42	39

Die gesamten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2010 voraussichtlich 275 Mio € betragen, wobei die endgültige Festlegung im vierten Quartal 2010 erfolgen wird.

## Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
<b>Sachaufwand und sonstiger Aufwand:</b>		
EDV-Aufwendungen	503	425
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	359	352
Aufwendungen für Beratungsleistungen	300	253
Kommunikation und Datenadministration	177	176
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	120	93
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	98	104
Marketingaufwendungen	64	64
Übrige Aufwendungen	579	516
<b>Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt</b>	<b>2.200</b>	<b>1.983</b>

# Angaben zur Bilanz (nicht testiert)

## Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
<b>Handelsaktiva:</b>		
Wertpapiere	232.733	206.710
Sonstige Handelsaktiva <sup>1</sup>	30.153	28.200
<b>Handelsaktiva insgesamt</b>	<b>262.886</b>	<b>234.910</b>
<b>Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten</b>	<b>619.633</b>	<b>596.410</b>
<b>Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:</b>		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	103.945	89.977
Forderungen aus Wertpapierleihen	22.967	19.987
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.528	12.964
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	12.207	11.072
<b>Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt</b>	<b>151.647</b>	<b>134.000</b>
<b>Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt</b>	<b>1.034.166</b>	<b>965.320</b>

1 Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 23.412 Mio € zum 31. März 2010 (31. Dezember 2009: 21.847 Mio €).

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
<b>Handelspassiva:</b>		
Wertpapiere	75.528	62.402
Sonstige Handelspassiva	3.214	2.099
<b>Handelspassiva insgesamt</b>	<b>78.742</b>	<b>64.501</b>
<b>Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten</b>	<b>607.736</b>	<b>576.973</b>
<b>Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:</b>		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	83.443	52.795
Kreditzusagen	434	447
Langfristige Verbindlichkeiten	15.968	15.395
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	5.963	4.885
<b>Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt</b>	<b>105.808</b>	<b>73.522</b>
Investmentverträge <sup>1</sup>	7.660	7.278
<b>Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt</b>	<b>799.946</b>	<b>722.274</b>

1 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value.

## Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
Festverzinsliche Wertpapiere	20.074	13.851
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.906	3.268
Sonstiger Anteilsbesitz	1.212	699
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.534	1.001
<b>Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt</b>	<b>26.726</b>	<b>18.819</b>

Der Anstieg der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte ist im Wesentlichen auf die Erstkonsolidierung der Sal. Oppenheim Gruppe zurückzuführen.

### Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

Im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 wurden bestimmte Handelsaktiva und finanzielle Vermögenswerte aus der Bilanzkategorie „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgegliedert. Im ersten Quartal 2010 wurden keine weiteren Umgliederungen vorgenommen.

Voraussetzung für eine Umgliederung ist, dass das Management die Zweckbestimmung des Vermögenswerts von einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht in die Absicht des Haltens auf absehbare Zeit geändert hat und die Bank die Fähigkeit besitzt, diesen für absehbare Zeit im Bestand zu halten. Die Umgliederung erfolgt dann zum Fair Value des Vermögenswerts zum jeweiligen Umgliederungsstichtag.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und Fair Values aller in 2008 und 2009 umklassifizierten Vermögenswerte.

in Mio €	Kumulierte Reklassifizierungen bis 31.3.2010			Kumulierte Reklassifizierungen bis 31.3.2009		
	Buchwert am Umbuchungsstichtag	31.3.2010		Buchwert am Umbuchungsstichtag	31.3.2009	
		Buchwert	Fair Value		Buchwert	Fair Value
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	26.594	23.817	21.483	26.594	26.735	22.655
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.354	9.192	8.264	11.354	11.390	8.774
<b>Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden</b>	<b>37.948</b>	<b>33.009<sup>1</sup></b>	<b>29.747</b>	<b>37.948</b>	<b>38.125</b>	<b>31.429</b>

1 Der Rückgang der Buchwerte seit Reklassifizierung ist im Wesentlichen auf Rückzahlungen, Wertberichtigungen und Verkäufe zurückzuführen.

Die Bandbreiten für die Effektivzinssätze auf Basis gewichteter Durchschnitte einzelner Geschäftsbereiche und die erwarteten erzielbaren Cashflows waren am Umbuchungsstichtag wie folgt.

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Kumulierte Reklassifizierungen bis 31.3.2010		Kumulierte Reklassifizierungen bis 31.3.2009	
	Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
<b>Effektivzinssätze am Umbuchungsstichtag</b>				
obere Grenze	13,1 %	9,9 %	13,1 %	9,9 %
untere Grenze	2,8 %	3,9 %	2,8 %	3,9 %
<b>Erwartete erzielbare Cashflows am Umbuchungsstichtag</b>	<b>39,6</b>	<b>17,6</b>	<b>39,6</b>	<b>17,6</b>

Wären die finanziellen Vermögenswerte nicht reklassifiziert worden, hätten sich die folgenden Effekte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten des Konzerns ergeben.

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
Unrealisierte Fair-Value-Gewinne/-Verluste (-) aus umklassifizierten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	222	- 1.044
Wertminderungsverluste (-) aus bereits wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	- 8	- 106
Unrealisierte Fair-Value-Gewinne/-Verluste (-) in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	125	- 405

Nach der Umgliederung haben die umklassifizierten finanziellen Vermögenswerte wie folgt zu dem Ergebnis vor Steuern beigetragen.

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
Zinserträge	320	388
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 104	- 155
Sonstige Erträge <sup>1</sup>	- 7	-
<b>Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten Handelsaktiva</b>	<b>209</b>	<b>233</b>
Zinserträge	37	67
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	- 63
<b>Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten</b>	<b>37</b>	<b>4</b>

<sup>1</sup> Der Verlust aus abgewickelten Verkäufen von Krediten betrug 2 Mio €. Dieser setzt sich zusammen aus einem Verlust von 7 Mio € und der Auflösung von nicht genutzter Kreditrisikovorsorge von 5 Mio € für verkaufte Kredite.

Aus im ersten Quartal 2009 umklassifizierten Handelsaktiva waren unrealisierte Fair-Value-Verluste von 87 Mio € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das vierte Quartal 2008 und unrealisierte Fair-Value-Verluste von 48 Mio € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das erste Quartal 2009 enthalten.

### Problemkredite und IFRS-wertgeminderte Kredite

Im Rahmen der Akquisition der Sal. Oppenheim hat der Konzern verschiedene Kredite erworben, für die zuvor eine einzeln ermittelte Wertberichtigung von Sal. Oppenheim gebildet worden war. Diese Kredite hat der Konzern zum Fair Value in die Bilanz übernommen, der die Kreditqualität dieser Kredite reflektierte. Da sich die Erwartungen des Konzerns an diese Kredite seit ihrer Akquisition nicht verändert haben, betrachtet er sie nicht als Problemkredite.

in Mio €	31.3.2010			31.12.2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Kredite ohne Zinsabgrenzung	5.883	2.276	8.159	5.937	2.186	8.123
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	143	265	408	55	266	321
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	364	144	508	252	217	469
<b>Problemkredite insgesamt</b>	<b>6.390</b>	<b>2.685</b>	<b>9.075</b>	<b>6.244</b>	<b>2.669</b>	<b>8.913</b>
davon: IFRS-wertgeminderte Kredite	4.975	2.393	7.368	4.903	2.298	7.201

### Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Mio €	1. Quartal 2010			1. Quartal 2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
<b>Bestand am Jahresanfang</b>	<b>2.029</b>	<b>1.314</b>	<b>3.343</b>	<b>977</b>	<b>961</b>	<b>1.938</b>
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	89	178	267	359	179	539
Nettoabschreibungen	- 71	- 98	- 169	- 80	- 112	- 192
Abschreibungen	- 79	- 124	- 203	- 92	- 142	- 234
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	8	26	34	11	31	42
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen/ Sonstige	5	9	14	7	- 6	1
<b>Bestand am Periodenende</b>	<b>2.052</b>	<b>1.403</b>	<b>3.455</b>	<b>1.263</b>	<b>1.022</b>	<b>2.285</b>

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft in Mio €	1. Quartal 2010			1. Quartal 2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
<b>Bestand am Jahresanfang</b>	<b>83</b>	<b>124</b>	<b>207</b>	<b>98</b>	<b>112</b>	<b>210</b>
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 6	1	- 5	-	- 13	- 13
Zweckbestimmter Verbrauch	-	-	-	-	-	-
Veränderung des Konsolidierungskreises	9	-	9	-	-	-
Wechselkursveränderungen	1	5	5	3	4	7
<b>Bestand am Periodenende</b>	<b>87</b>	<b>130</b>	<b>217</b>	<b>101</b>	<b>103</b>	<b>204</b>

## Sonstige Aktiva und Passiva

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
<b>Sonstige Aktiva:</b>		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	45.646	43.890
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	6.951	6.837
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	5.488	9.229
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	86.573	33.496
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	144.658	93.452
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	3.648	3.426
Sonstige	33.279	24.660
<b>Sonstige Aktiva insgesamt</b>	<b>181.585</b>	<b>121.538</b>

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
<b>Sonstige Passiva:</b>		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	40.002	40.448
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	28.845	31.427
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	2.707	5.708
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	82.182	33.214
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	153.736	110.797
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	3.571	3.713
Sonstige	46.111	39.771
<b>Sonstige Passiva insgesamt</b>	<b>203.418</b>	<b>154.281</b>

## Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
<b>Vorrangige Verbindlichkeiten:</b>		
Anleihen und Schuldverschreibungen:		
mit fester Verzinsung	82.850	76.536
mit variabler Verzinsung	52.913	47.646
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten:</b>		
Anleihen und Schuldverschreibungen:		
mit fester Verzinsung	3.861	3.548
mit variabler Verzinsung	4.063	4.052
<b>Summe der langfristigen Verbindlichkeiten</b>	<b>143.687</b>	<b>131.782</b>

## Ausgegebene Stammaktien und ausstehende Stammaktien

in Mio	31.3.2010	31.12.2009
Ausgegebene Stammaktien	620,9	620,9
Eigene Aktien im Bestand	2,0	0,7
– davon Aktienrückkaufprogramm	1,0	0,6
– davon sonstige Bestände	1,0	0,1
<b>Ausstehende Stammaktien</b>	<b>618,9</b>	<b>620,2</b>



## Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

### Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die folgenden beiden Tabellen geben einen Überblick über das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die Risikoaktiva des Konzerns. Zahlenangaben basieren auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss präsentierten Eigenkapitalstandard („Basel II“), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde.

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
<b>Tier-1-Kapital:</b>		
<b>Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente:</b>		
Stammaktien	1.589	1.589
Kapitalrücklage	14.744	14.830
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Anteile ohne beherrschenden Einfluss	23.832	21.807
Vollständig vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten (unter anderem Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte)	- 11.815	- 10.238
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten:		
Abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften	- 2.246	- 2.120
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	- 3.175	- 1.033
Überschuss von erwarteten Verlusten über Risikovorsorge	- 982	- 1.045
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten <sup>1</sup>	- 6.403	- 4.198
<b>Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente</b>	<b>21.948</b>	<b>23.790</b>
<b>Zusätzliches Tier-1-Kapital:</b>		
Nicht kumulative Vorzugsanteile	10.889	10.616
<b>Zusätzliches Tier-1-Kapital</b>	<b>10.889</b>	<b>10.616</b>
<b>Tier-1-Kapital insgesamt</b>	<b>32.837</b>	<b>34.406</b>
<b>Tier-2-Kapital:</b>		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet)	456	331
Kumulative Vorzugsanteile	298	294
Anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten	7.349	7.096
Teilweise vom Tier-2-Kapital in Abzug gebrachte Posten <sup>1</sup>	- 6.403	- 4.198
<b>Tier-2-Kapital insgesamt</b>	<b>1.700</b>	<b>3.523</b>

1 Gemäß § 10 Absatz 6 und § 10 Absatz 6a in Verbindung mit § 10a KWG.

### Aufsichtsrechtliche Risikoaktiva und Kapitaladäquanzquoten

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2010	31.12.2009
Kreditrisiko	231.160	217.003
Marktrisiko	28.214	24.880
Operationelles Risiko	33.092	31.593
<b>Risikoaktiva</b>	<b>292.466</b>	<b>273.476</b>
Tier-1-Kapitalquote	11,2 %	12,6 %
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente	7,5 %	8,7 %
Eigenkapitalquote	11,8 %	13,9 %

Basel II verlangt den Abzug des Goodwill vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Goodwillkomponenten teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Goodwillkomponenten sind zwar nicht im oben gezeigten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in

den Kapitaladäquanzquoten enthalten, wir nutzen jedoch diese Übergangsregelung für die Meldung unserer Kapitaladäquanzquoten an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Zum 31. März 2010 betrug der Übergangsposten 451 Mio €. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die Risikoaktiva um diesen Betrag erhöht. Dementsprechend beliefen sich zum Ende des Berichtsquartals unsere gemeldete Tier-1-Kapitalquote und unsere Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 11,4 % beziehungsweise 11,9 %.

### Zusagen und Eventualverbindlichkeiten

Die nachstehende Tabelle zeigt den Nominalwert der unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten des Konzerns. Eventualverbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und Haftungsübernahmeerklärungen. Der Nominalwert dieser Verpflichtungen entspricht dem maximalen Ausfallrisiko des Konzerns für den Fall, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Wahrscheinliche Verluste im Rahmen dieser Verträge werden als Rückstellungen erfasst.

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
Unwiderrufliche Kreditzusagen	104.595	104.125
Eventualverbindlichkeiten	58.426	52.183
<b>Insgesamt</b>	<b>163.021</b>	<b>156.308</b>

Die hier gezeigten Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten bilden nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme aus diesen Verträgen ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme fällig werden. Eventuell verlangt der Konzern die Stellung von Sicherheiten, um das Kreditrisiko dieser Verpflichtungen zu mindern.

### Sonstige Eventualverbindlichkeiten

Infolge der Charakteristik seiner Geschäftsaktivitäten ist der Konzern in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften bildet der Konzern für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist. Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern Einschätzungen in großem Umfang, die endgültige Verbindlichkeit des Konzerns kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Konzernergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist der Konzern der Überzeugung, dass seine Finanzlage davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Hinsichtlich jedes

der nachstehend dargestellten Verfahren, die jeweils mehrere Streitgegenstände umfassen, sind nach Einschätzung des Konzerns die voraussichtlich möglichen Verluste in Bezug auf jede Streitigkeit, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns näher beschrieben.

**Steuerbezogene Finanzprodukte.** Die Deutsche Bank AG, einige mit ihr verbundene Unternehmen sowie jetzige und/oder frühere Mitarbeiter (gemeinsam als „Deutsche Bank“ bezeichnet) sind Beklagte in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit Kunden im Zusammenhang mit steuerbezogenen Geschäften. Die Deutsche Bank hat für diese Kunden, die von verschiedenen Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Finanzberatern beraten wurden, Finanzprodukte und -dienstleistungen bereitgestellt. Die Kunden haben aufgrund dieser Geschäfte Steuervorteile gegenüber den US-Steuerbehörden geltend gemacht, die jedoch von diesen nicht anerkannt wurden. Die Kunden behaupten in diesen Verfahren, die Deutsche Bank und die professionellen Berater hätten sie unzulässigerweise dahin gehend irreführt, dass die geltend gemachten Steuervorteile von den US-Steuerbehörden anerkannt würden. Die Klageverfahren sind bei verschiedenen Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten sowie vor Schiedsgerichten in den USA anhängig und beziehen sich auf die Verletzung sowohl von Bundesrecht als auch des Rechts einzelner Bundesstaaten. Es handelt sich sowohl um Einzelklagen als auch um als Sammelklagen bezeichnete Verfahren. Gegenüber der Deutschen Bank ist keine Klägersgruppe (Litigation Class) zugelassen worden. Etwa 91 Verfahren wurden endgültig beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Etwa neun weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (Pre-trial Stages), einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (Discovery). Gegenüber der Deutschen Bank wird außergerichtlich eine Anzahl weiterer Ansprüche geltend gemacht; einige dieser Ansprüche wurden bereits beigelegt. Von diesen außergerichtlich geltend gemachten Ansprüchen sind noch fünf ungeregelt.

Das US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) führt außerdem strafrechtliche Ermittlungen wegen steuerbezogener Geschäfte durch, die etwa zwischen 1997 und Anfang 2002 durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang hat das DOJ von der Deutschen Bank verschiedene Unterlagen und andere Informationen angefordert und das Handeln verschiedener Personen und Unternehmen, einschließlich der Deutschen Bank, bei diesen Geschäften untersucht. Im zweiten Halbjahr 2005 erhob das DOJ gegen zahlreiche Personen Anklage wegen ihrer Beteiligung an steuerbezogenen Geschäften, als sie bei anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2005 schloss das DOJ mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (die „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (Deferred Prosecution Agreement), wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften unter der Bedingung absieht, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Am 14. Februar 2006 gab das DOJ bekannt, dass es mit einem Finanzinstitut (das „Finanzinstitut“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung abgeschlossen hat, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut wegen dessen Rolle bei der Bereitstellung und Erbringung von Finanzprodukten und -dienstleistungen unter der Bedingung absieht, dass das Finanzinstitut die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Die Deutsche Bank hat ähnliche Finanzprodukte und -dienstleistungen für gleiche oder ähnliche steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt wie diejenigen, die Gegenstand der oben genannten strafrechtlichen Vorwürfe sind. Die Deutsche Bank hat auch

Finanzprodukte und -dienstleistungen für weitere steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt. In einem Strafverfahren gegen vier Personen, die das DOJ im Jahr 2005 angeklagt hatte, wurden im Dezember 2008 drei Personen verurteilt. Im Mai 2009 wurden vier weitere Personen strafrechtlich verurteilt, die das DOJ wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, angeklagt hatte. Im Juni 2009 hat das DOJ fünf weitere Personen wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, und zwei ehemalige Mitarbeiter der Deutschen Bank wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften während der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Deutschen Bank angeklagt. Die Ermittlungen des DOJ dauern an. Die Deutsche Bank führt mit dem DOJ Gespräche über die Einstellung des Verfahrens.

**Kirch.** Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft TaurusHolding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der Bundesgerichtshof (BGH) dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der TaurusHolding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Zwischenzeitlich hat Herr Dr. Kirch die Grundlage seiner Schadensberechnung geändert und fordert nun circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. In diesem Verfahren muss Dr. Kirch im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. Nach Meinung der Deutschen Bank AG ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens jedoch nicht ausreichend dargelegt worden.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € samt Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Nach Meinung der Deutschen Bank besteht für solche Ansprüche mangels einer entsprechenden Vertragsbeziehung zu irgendeiner dieser Gesellschaften keine Grundlage. Im Übrigen sind weder die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens noch die wirksame Abtretung der behaupteten Ansprüche an die KGL Pool GmbH ausreichend dargelegt worden.

**Asset-backed Securities.** Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften (zusammen die „Deutsche Bank“) haben Vorladungen und Informationsanfragen von Aufsichtsbehörden und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei der Gewährung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und dem Handel mit Asset-backed Securities (verzinslichen strukturierten Wertpapieren, die mit Forderungsrechten besichert sind), Asset-backed Commercial Paper und Kreditderivaten, einschließlich, unter anderem, Residential Mortgage-backed Securities (verzinslicher strukturierter Wertpapiere, die mit Grundpfandrechten auf Wohnimmobilien besichert sind), Collateralized Debt Obligations und Credit Default Swaps, beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Vorladungen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Ferner ist die Deutsche Bank hinsichtlich des Geschäfts mit Residential Mortgage-backed Securities Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren (darunter als Sammelklagen bezeichnete Verfahren) sowohl nach Bundesrecht als auch dem Recht einzelner Bundesstaaten sowie allgemeiner Rechtsgrundsätze (Common Law) in Einzelstaaten. Zu diesen Verfahren gehören (1) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Countrywide Financial Corporation („Countrywide“) oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen begebener Wertpapiere bezieht, sowie ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Central District of California, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter Mortgage Pass-through Certificates von der Countrywide bezieht; (2) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Novastar Mortgage Funding Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (3) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der IndyMac MBS, Inc. begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (4) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Northern District of California, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Wells Fargo Asset Securities Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; und (5) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch der DBSI, als Platzeure verschiedener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, welche von verbundenen Unternehmen der Residential Accredited Loans, Inc. begeben wurden und von dem DBSI am 31. März 2010 noch nicht rechtskräftig ausgenommen wurde; und (6) eine von der Federal Home Loan Bank of San Francisco („FHLB SF“) beim San Francisco Superior Court eingereichte Klage bezüglich der Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch Tochtergesellschaften der Deutschen Bank, als Emittenten und Platzeure verschiedener von der FHLB SF erworbener Mortgage Pass-through Certificates. Ferner sind einige Konzerngesellschaften der Deutschen Bank, einschließlich der DBSI, Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem United States District Court for the Eastern District of New York, das sich auf ihre Rollen als Emittenten und Platzeure für bestimmte Mortgage Pass-through Securities bezieht. Am 5. April 2010 hat das Gericht dem Abweisungsantrag der Deutschen Bank teilweise stattgegeben und teilweise abgelehnt. Ansonsten befinden sich diese zivilrechtlichen Verfahren in einem frühen Stadium.

**Auction Rate Securities.** Die Deutsche Bank AG und DBSI sind an einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von Deutscher Bank AG und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) gekauft haben und noch halten. Am 24. März 2010 hat das Gericht die Sammelklage abgewiesen, jedoch den Klägern die Möglichkeit eingeräumt, eine erweiterte Klage einzureichen. Die Deutsche Bank AG, DBSI und/oder Deutsche Bank Alex. Brown, ein Geschäftsbereich der DBSI, sind auch Beklagte in 16 Einzelklagen, in denen im Zusammenhang mit dem Verkauf von ARS verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Einzelstaaten behauptet werden. Das als Sammelklage bezeichnete Verfahren und zwölf der Einzelklagen sind noch rechtshängig, während sich vier der Einzelklagen durch rechtskräftige Abweisung erledigt haben. Die Deutsche Bank AG war auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten Beklagte in zwei als Sammelklagen bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen wurde behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken. Diese zwei als Sammelklagen bezeichneten Klagen wurden jedoch am 26. Januar 2010 vom Gericht abgewiesen.

Die Deutsche Bank AG und DBSI waren auch Parteien in Verfahren vor einzel- und bundesstaatlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, bei denen es um das Angebot und den Vertrieb von ARS ging. Im August 2008 schlossen die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften Grundsatzvereinbarungen mit dem New York Attorney General's Office („NYAG“) und der North American Securities Administration Association ab, die ein Konsortium anderer Einzelstaaten und US-Besitzungen vertraten, in denen sich die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften dazu verpflichteten, von ihren Privatkunden, kleineren und mittleren institutionellen sowie Kunden, die wohltätige Organisationen sind, ARS zu kaufen, die diese Kunden vor dem 13. Februar 2008 erworben hatten, sowie zügig Lösungen für die Liquidität ihrer größeren institutionellen Kunden, welche ARS von der Deutschen Bank AG und ihren Tochtergesellschaften erworben hatten, zu erarbeiten, eine Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ an die einzelstaatlichen Aufsichtsbehörden zu zahlen und weitere einzelstaatliche Anordnungen zur zukünftigen Einhaltung von anwendbaren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zu befolgen. Am 3. Juni 2009 hat die DBSI die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung vom August 2008 gegenüber dem NYAG und dem New Jersey Bureau of Securities erfüllt und einen Vergleich mit der Securities and Exchange Commission („SEC“) abgeschlossen, der die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung mit den Einzelstaaten berücksichtigt und bestimmte zusätzliche Absprachen enthält, nach denen die SEC berechtigt ist, eine zusätzliche Geldbuße von der DBSI zu verlangen, wenn die DBSI nach Auffassung der SEC ihre Verpflichtungen aus dem Vergleich nicht einhält. Seitdem hat die DBSI von einigen einzelstaatlichen und innerstaatlichen Behörden Zahlungsaufforderungen erhalten, in denen diese Behörden ihren Anteil an der Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ geltend machen. Die DBSI erwartet, dass sie Zahlungsaufforderungen in den nächsten Monaten abwickeln kann und die geltend gemachten Anteile an der Gesamtstrafe an die jeweiligen Einzelstaaten zahlt.

**ÖBB.** Im September 2005 schloss die Deutsche Bank AG einen Portfolio Credit Default Swap („PCDS“) mit der ÖBB Infrastruktur Bau AG („ÖBB“), einer Tochtergesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen-Holding Aktiengesellschaft. Unter dem PCDS übernahm die ÖBB das Ausfallrisiko einer mit AAA gerateten Tranche über 612 Mio € aus einem diversifizierten Portfolio von Unternehmen und Asset-backed Securities („ABS“). Aufgrund der Entwicklung des ABS-Markts seit Mitte 2007 entwickelte sich der Marktwert des PCDS negativ.

Im Juni 2008 erhob die ÖBB beim Handelsgericht in Wien Klage gegen die Deutsche Bank AG und beantragte, den PCDS für rechtsunwirksam erklären zu lassen. Die ÖBB war der Auffassung, dass das Geschäft gegen österreichische Rechtsvorschriften verstoße, und behauptete, über bestimmte Merkmale des PCDS nicht zutreffend informiert worden zu sein. Die Klage der ÖBB wurde im Januar 2009 vom Handelsgericht abgewiesen. Am 25. Juni 2009 hat das Oberlandesgericht Wien die durch die ÖBB eingelegte Berufung gegen die Entscheidung des Handelsgerichts zurückgewiesen. ÖBB hat am 21. September 2009 außerordentliche Revision zum Obersten Gerichtshof eingelegt. Am 15. Januar 2010 haben sich ÖBB und die Deutsche Bank AG geeinigt, den Streit zu vergleichen. Der Vergleich hatte keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Deutsche Bank AG.

**Trust Preferred Securities.** Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften und leitenden Angestellten sind in einem zusammengefassten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das beim United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen im Auftrag von Personen geltend gemacht werden, die bestimmte zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 von der Deutschen Bank und ihren Tochtergesellschaften begebene Trust Preferred Securities erworben haben. Die Ansprüche werden nach Section 11, 12(a)(2) und 15 des U.S. Securities Act von 1933 erhoben. Am 25. Januar 2010 ist eine erweiterte zusammengefasste Klage eingereicht worden. Das Verfahren befindet sich in einem frühen Stadium.

### **Geschäfte mit nahestehenden Dritten**

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für getätigte vergleichbare Geschäfte mit fremden Dritten.

### **Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen**

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands in seiner aktuellen Aufstellung und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen. Zum 31. März 2010 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 21 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 42 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2009 betrugen die Kredite und Zusagen an Personen in Schlüsselpositionen 9 Mio € und die Einlagen von Personen in Schlüsselpositionen 21 Mio €. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

## Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

### Kredite

An nahestehende Unternehmen begebene Kredite und gewährte Garantien entwickelten sich im Berichtszeitraum beziehungsweise im Geschäftsjahr 2009 wie folgt.

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	31.3.2010	31.12.2009
<b>Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand</b>	<b>965</b>	<b>834</b>
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2	366
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	94	209
Veränderung des Konsolidierungskreises <sup>1</sup>	- 182	- 83
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 1	57
<b>Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand<sup>2</sup></b>	<b>690</b>	<b>965</b>
<b>Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:</b>		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	5	4
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	-	31
Garantien und sonstige Verpflichtungen <sup>3</sup>	164	135

1 In 2010 wurden einige Unternehmen vollkonsolidiert. Kredite, die diesen Unternehmen bereitgestellt wurden, werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Jahr 2009 ist ein Unternehmen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, verkauft worden.

2 Davon waren zum 31. März 2010 keine Forderungen und zum 31. Dezember 2009 15 Mio € überfällig. Von den Forderungen aus dem Kreditgeschäft entfielen zum 31. März 2010 2 Mio € (31. Dezember 2009: 4 Mio €) auf Joint Ventures.

3 Beinhaltet Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe, Haftungsübernahmeerklärungen und unwiderrufliche ausleihebezogene Zusagen.

### Einlagen

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	31.3.2010	31.12.2009
<b>Einlagen, Anfangsbestand</b>	<b>367</b>	<b>246</b>
Einlagenzuflüsse	43	287
Einlagenabflüsse	45	161
Veränderung des Konsolidierungskreises <sup>1</sup>	- 115	- 6
Wechselkursveränderungen/Sonstige	1	1
<b>Einlagen, Endbestand<sup>2</sup></b>	<b>251</b>	<b>367</b>

1 In 2010 wurden einige Unternehmen vollkonsolidiert. Von diesen Unternehmen erhaltene Einlagen werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Jahr 2009 ist ein Unternehmen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, verkauft worden.

2 Die oben genannten Einlagen wurden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs getätigt. Zum 31. März 2010 waren im Bestand Einlagen von Joint Ventures in Höhe von 0,5 Mio € (31. Dezember 2009: 0,4 Mio €) enthalten.

Zum 31. März 2010 bestanden positive und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen jeweils in Höhe von 4,3 Mrd € beziehungsweise 3,6 Mrd €. Positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten mit assoziierten Unternehmen betragen zum 31. Dezember 2009 3,7 Mrd € beziehungsweise 3,0 Mrd €.



### Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Postbank AG

Im Geschäftsjahr 2009 hat die Deutsche Bank AG zusätzlich zum Erwerb der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG einen Vertrag über eine Kooperation mit der Postbank abgeschlossen. Die Kooperation umfasst die Bereiche Investmentprodukte, Finanzierungsprodukte, Firmenkundengeschäft und gewerbliche Finanzierung sowie kundennahe Serviceleistungen. Darüber hinaus beinhaltet sie die Bereiche Einkauf und IT-Infrastruktur.

### Geschäfte mit Pensionsplänen

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Versorgungseinrichtungen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Diese Versorgungseinrichtungen können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln. Zum 31. März 2010 waren die Geschäfte mit diesen Versorgungseinrichtungen für den Konzern nicht wesentlich.

### Wesentliche Transaktionen

**Sal. Oppenheim.** Am 15. März 2010 schloss die Deutsche Bank AG („Deutsche Bank“) den Erwerb von 100 % der stimmberechtigten Eigenkapitalanteile an der Sal. Oppenheim Gruppe zu einem in bar entrichteten Kaufpreis von insgesamt rund 1,3 Mrd € ab. Von dieser Summe entfielen rund 0,3 Mrd € auf die BHF Asset Servicing GmbH („BAS“), die weiterverkauft und von der übrigen Sal. Oppenheim Gruppe getrennt bilanziert wird. Der Erwerb ist Teil der Rahmenvereinbarung, die im vierten Quartal 2009 mit den früheren Gesellschaftern der in Luxemburg ansässigen Holding Sal. Oppenheim jr. & Cie. S.C.A. („Sal. Oppenheim S.C.A.“) getroffen wurde und diesen die Option gewährt, sich mit bis zu 20 % langfristig an der deutschen Privatbanktochter Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA zu beteiligen. Zum Bilanzstichtag hatte die Option einen Fair Value von null. Der Erwerb stärkt die Asset and Wealth Management-Aktivitäten der Deutschen Bank in Europa, insbesondere in Deutschland.

Mit dem Erwerb erlangte der Konzern einen beherrschenden Einfluss über die Sal. Oppenheim S.C.A., welche anschließend eine hundertprozentige Tochter der Deutschen Bank wurde. Sämtliche Geschäftsaktivitäten der Sal. Oppenheim Gruppe, darunter das gesamte Asset Management, die Investmentbank, die BHF-Bank Gruppe („BHF-Bank“), die BAS und das in einer eigenständigen Holding geführte Private-Equity-Dachfondsgeschäft der Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A. gingen auf die Deutsche Bank über. Alle Geschäftseinheiten der Sal. Oppenheim Gruppe wurden in den Unternehmensbereich Asset and Wealth Management integriert, mit Ausnahme der BAS und BHF-Bank, welche in den Konzernbereich Corporate Investments aufgenommen wurden. Da bis zum 29. Januar 2010 alle wesentlichen rechtlichen und regulatorischen Genehmigungen erteilt wurden, ist der Erwerbszeitpunkt auf diesen Tag festgesetzt worden. Entsprechend wurde Sal. Oppenheim in den Konzernabschluss des ersten Quartals 2010 einbezogen.

Im Jahresverlauf 2010 wird Sal. Oppenheim sein Investment-Banking-Geschäft einstellen. Die Bereiche Equity Trading & Derivatives sowie Capital Markets Sales wurden im zweiten Quartal 2010 von der australischen Macquarie Gruppe übernommen. Die BHF-Bank wird als separate Einheit weitergeführt, während die Deutsche Bank verschiedene strategische Optionen mit der BHF-Bank prüft. Der vereinbarte Verkauf der BAS an die Bank of New York Mellon wird voraussichtlich im dritten Quartal 2010 abgeschlossen werden. Zum 31. März 2010 werden die BAS und das verkaufte Investment-Banking-Geschäft als zum Verkauf bestimmt bilanziert. Ferner erwarb der Konzern im Rahmen der Übernahme der Sal. Oppenheim Gruppe die Services Généraux de Gestion S.A. und ihre Tochtergesellschaften, die im ersten Quartal 2010 weiterverkauft wurden.

Der erwartete Fair Value des für die Sal. Oppenheim Gruppe und die BAS entrichteten Gesamtkaufpreises beträgt zum Erwerbszeitpunkt rund 1,3 Mrd €. Es wurden jedoch weitere Vereinbarungen mit den früheren Gesellschaftern von Sal. Oppenheim S.C.A. geschlossen, die dazu führen könnten, dass sich der Kaufpreis in Abhängigkeit von der Entwicklung bestimmter Risikopositionen (Rechts- und Kreditrisiken) bis zum Jahr 2015 um bis zu rund 0,5 Mrd € erhöht. Zum Bilanzstichtag hatte diese bedingte Kaufpreiskomponente einen geschätzten Fair Value von null. Auf Basis vorläufig bestimmter Fair Values für erworbene identifizierbare Vermögenswerte und übernommene Schulden werden durch die Akquisition ein Goodwill von rund 0,9 Mrd € beziehungsweise sonstige immaterielle Vermögenswerte von rund 0,2 Mrd € ausgewiesen. Die Allokation des Kaufpreises und die Bestimmung des Netto-Fair-Value der zum Zeitpunkt der Akquisition identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten der Sal. Oppenheim Gruppe sind noch nicht abgeschlossen.

Der aus der Akquisition hervorgehende Goodwill setzt sich hauptsächlich aus Synergien zusammen, die durch die Zusammenlegung der relevanten Geschäftsaktivitäten in den Bereichen der Vermögensverwaltung sowie aufgrund einer größeren Marktpräsenz in diesen Geschäftsbereichen in Deutschland, Luxemburg, der Schweiz und Österreich zu erwarten sind. Der Goodwill wird voraussichtlich nicht steuerlich abzugsfähig sein. Zu den ausgewiesenen sonstigen immateriellen Vermögenswerten zählen hauptsächlich Software, Kundenbeziehungen und Markennamen. Bei der Allokation des Kaufpreises setzte die Deutsche Bank eine Eventualverbindlichkeit von 0,4 Mrd € für Risiken im Zusammenhang mit bestimmten von Sal. Oppenheim erworbenen Geschäftseinheiten an. Derzeit ist davon auszugehen, dass die Verbindlichkeit in den kommenden fünf Jahren beglichen sein wird. Die Deutsche Bank analysiert weiterhin die Risiken und den möglichen Zeitrahmen der Mittelabflüsse.

Im Anschluss an die Akquisition aber noch am Abschlusstag des Erwerbs führte die Deutsche Bank bei ihrer neuen Tochtergesellschaft Sal. Oppenheim S.C.A. eine Kapitalerhöhung über 195 Mio € durch. Dieser Betrag ist nicht Bestandteil der Kaufpreiszahlung und dementsprechend nicht in der zuvor genannten Ermittlung des Goodwill enthalten.

Die im Berichtszeitraum ausgewiesenen akquisitionsbezogenen Kosten beliefen sich auf 8 Mio € und sind in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns unter Sach- und sonstigem Aufwand ausgewiesen.

Seit der Übernahme hat Sal. Oppenheim zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns Erträge von 148 Mio € und einen Verlust vor Steuern von 38 Mio € beigetragen.

Die Vermögensverwaltungsaktivitäten von Sal. Oppenheim werden eigenständig unter der etablierten Marke der traditionsreichen Privatbank ausgebaut, wobei deren Privatbankcharakter erhalten bleiben soll. Das integrierte Vermögensverwaltungskonzept für private und institutionelle Kunden bleibt bestehen. Durch die Transaktion stärkt der Konzern seine Position im gehobenen Privatkundengeschäft insbesondere in Deutschland.

Da die erstmalige Bilanzierung dieses Unternehmenserwerbs noch nicht abgeschlossen ist, konnten nicht alle erforderlichen Angaben gemacht werden. Dies betrifft Informationen über erworbene Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie die Nennung der Erträge und des Gewinns oder Verlusts nach Steuern für die Berichtsperiode, als ob der Erwerbszeitpunkt am Anfang der Periode des laufenden Geschäftsjahres gewesen wäre.

#### **Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte**

Zum 31. März 2010 hatte der Konzern seine Tochtergesellschaft BHF Asset Servicing GmbH, die dem Konzernbereich Corporate Investments zugeordnet war, zum Verkauf bestimmt. Der Kauf dieser Tochtergesellschaft wurde als separate Transaktion neben dem Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe im ersten Quartal 2010 behandelt. Der Kaufvertrag wurde bereits unterzeichnet. Der Abschluss der Transaktion wird für das dritte Quartal 2010 erwartet.

Der Konzern hat ebenfalls entschieden, die von Sal. Oppenheim eingebrachten Bereiche Equity Trading & Derivatives sowie Capital Markets Sales zu verkaufen. Diese wurden dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) zugeordnet. Die Transaktion wurde im April 2010 abgeschlossen.

Zum 31. März 2010 hatte der Konzern mehrere Veräußerungsgruppen, drei assoziierte Unternehmen, einen Kredit sowie Immobilienvermögen im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) als zum Verkauf bestimmt bilanziert. Diese Aktiva und Passiva waren bereits zum 31. Dezember 2009 zum Verkauf bestimmt. Der Verkauf wird für das Geschäftsjahr 2010 erwartet.

Der Konzern hat die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen unter Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, ausgewiesen. Aus der Bewertung resultierte keine Wertminderung. In den Veräußerungsgruppen enthaltene Finanzinstrumente wurden nach den Grundsätzen des IAS 39 bewertet.

Zum 31. März 2010 betragen die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte insgesamt 4,3 Mrd €. Die zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten betragen 4,2 Mrd €.

Im Rahmen der Übernahme der Sal. Oppenheim Gruppe erwarb der Konzern die Services Généraux de Gestion S.A. und ihre Tochtergesellschaften, die AWM zugeordnet wurden. Diese Veräußerungsgruppen waren ebenfalls bei dem Erwerb zum Verkauf bestimmt. Die Transaktion wurde im März 2010 abgeschlossen.

## Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

**ABN AMRO.** Nachdem im Dezember 2009 mit der ABN AMRO Bank N.V. („ABN AMRO“) eine abschließende Vereinbarung über den vollständigen Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO unterzeichnet worden war, gab die Deutsche Bank AG („Deutsche Bank“) am 1. April 2010 den Abschluss der Übernahme zu einem Kaufpreis von 700 Mio € in bar bekannt. Der Abschluss erfolgte nach der Genehmigung durch die Europäische Kommission und andere Aufsichtsbehörden. Mit Wirkung zum Abschlussdatum erlangte die Deutsche Bank Kontrolle über die erworbenen Geschäftseinheiten und wird diese demzufolge in ihren Konzernabschluss einbeziehen.

Die Übernahme umfasst die nachstehenden Geschäftseinheiten:

- zwei Firmenkundeneinheiten in Amsterdam und Eindhoven, die Großkunden betreuen,
- 13 Filialen, die kleine und mittelständische Unternehmen betreuen,
- die Hollandsche Bank Unie N.V. (HBU) mit Sitz in Rotterdam,
- die IFN Finance B.V., der niederländische Teil des zu ABN AMRO gehörenden Factoringdienstleisters IFN Group.

Die Firmenkundeneinheiten, die 13 Filialen und die HBU firmierten unmittelbar nach der Übernahme in Deutsche Bank Nederland N.V. um. Sowohl die Deutsche Bank Nederland N.V. als auch die IFN Finance B.V. sind jetzt direkte Tochtergesellschaften der Deutschen Bank. Die übernommenen Geschäftseinheiten, die mehr als 34.000 Kunden betreuen und 1.300 Mitarbeiter beschäftigen, werden den Markennamen Deutsche Bank verwenden und im Konzern in den Unternehmensbereich GTB integriert.

Im Rahmen der Akquisition wird ABN AMRO eine anfängliche Absicherung für Kreditrisiken aus dem übernommenen Portfolio (exklusive IFN Finance B.V.) bereitstellen. Diese Absicherung ist auch regulatorisch anrechenbar und wird voraussichtlich in geringeren regulatorischen Eigenkapitalanforderungen für den übernommenen Pool resultieren. Da die erstmalige Bilanzierung dieses Unternehmenserwerbs noch nicht abgeschlossen ist, konnten die zum Erwerbszeitpunkt zu bestimmenden Fair Values der identifizierbaren erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten noch nicht offengelegt werden.

## Sonstige Informationen

### Zielgrößendefinitionen

Dieses Dokument und auch andere Dokumente, die der Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlichen wird, beinhalten finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt wurden. Diese Messgrößen sind Größen des historischen oder zukünftigen Erfolgs, der Vermögenslage oder der Cashflows, die durch Eliminierung oder Berücksichtigung bestimmter Beträge im Vergleich zu gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss angepasst wurden. Der Konzern bezeichnet die Definition von bestimmten Anpassungen als „Zielgrößendefinition“, da der Konzern in der Vergangenheit oder in der Zukunft solche nicht nach IFRS ermittelten Messgrößen angewandt hat oder anwenden wird, um seine finanziellen Ziele zu bemessen.

Die nicht nach IFRS ermittelten Messgrößen des Konzerns, die sich auf das Ergebnis beziehen, basieren auf Zielgrößendefinitionen, wonach auf IFRS basierende Finanzkennzahlen um bestimmte signifikante Gewinne (wie Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen, Geschäftsfeldern oder Gebäuden) oder bestimmte signifikante Aufwendungen (wie Restrukturierungsaufwendungen, Wertminderungen auf Goodwill oder Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten) bereinigt werden, wenn diese Gewinne oder Aufwendungen keine Bedeutung für den zukünftigen Erfolg der Kerngeschäftsfelder des Konzerns haben.

**Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern (gemäß Zielgrößendefinition):** Diese nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis vor Steuern (das heißt ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis), bereinigt um bestimmte signifikante Gewinne und Aufwendungen, wie folgt.

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>2.793</b>	<b>1.815</b>
Abzüglich Anteile ohne beherrschenden Einfluss, vor Steuern	- 15	3
<b>Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis, vor Steuern</b>	<b>2.778</b>	<b>1.819</b>
Zuzüglich/abzüglich (-):		
Bestimmter signifikanter Gewinne (abzüglich dazugehöriger Kosten)	-	-
Bestimmter signifikanter Belastungen	-	278 <sup>1</sup>
<b>Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis, vor Steuern (Zielgrößendefinition)</b>	<b>2.778</b>	<b>2.096</b>

<sup>1</sup> Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen.

**Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity gemäß Zielgrößendefinition):** Diese nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße basiert auf dem prozentualen Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern gemäß Zielgrößendefinition am durchschnittlichen Active Equity des Konzerns, das wie unten beschrieben definiert ist. Für Vergleichszwecke wird auch die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) dargestellt, die definiert ist als prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Ergebnis) am den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren durchschnittlichen Eigenkapital. Ebenfalls als Referenz wird die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) gezeigt, die sich als prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Ergebnis) am durchschnittlichen Active Equity errechnet.

**Durchschnittliches Active Equity:** Der Konzern berechnet das Active Equity, um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu ermöglichen, und verweist auf das Active Equity bei der Berechnung verschiedenster Kennziffern. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die der Konzern das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital bereinigt, sind durchschnittliche unrealisierte Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und aus Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung ausgezahlt wird. Die in der Berechnung des Durchschnittlichen Active Equity verwendeten Steuersätze entsprechen denen, die auch für die jeweiligen Geschäftsvorfälle im Konzernabschluss verwendet wurden. Somit wird kein Durchschnittssteuersatz angewandt.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal	
	2010	2009
<b>Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital</b>	<b>37.914</b>	<b>32.199</b>
Zuzüglich/abzüglich (-):		
Durchschnittlicher unrealisierter Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und aus Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern) <sup>1</sup>	210	1.296
Durchschnittlicher Dividendenabgrenzungen	- 524	- 349
<b>Durchschnittliches Active Equity</b>	<b>37.601</b>	<b>33.146</b>
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	29,3 %	22,6 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	29,5 %	21,9 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (Zielgrößendefinition)	29,5 %	25,3 %

<sup>1</sup> Der auf unrealisierte Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten sowie aus Cash Flow Hedges resultierende Steuer-effekt betrug im ersten Quartal 2010 minus 408 Mio € (erstes Quartal 2009: minus 882 Mio €).

**Ergebnis je Aktie (verwässert, gemäß Zielgrößendefinition):** Die nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße für den Anstieg des Ergebnisses je Aktie basiert auf dem Ergebnis je Aktie (verwässert, gemäß Zielgrößendefinition), welches definiert ist als den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis (das heißt ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis) nach angenommener Wandlung, bereinigt um signifikante Gewinne/Aufwendungen nach Steuern und bestimmte signifikante Steuereffekte geteilt durch den gewichteten Durchschnitt der Anzahl der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung.

Zur Information ist außerdem das Ergebnis je Aktie (verwässert) angegeben, welches definiert ist als das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Konzernergebnis (das heißt ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis) nach angenommener Wandlung geteilt durch den gewichteten Durchschnitt der Anzahl der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal	
	2010	2009
<b>Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis</b>	<b>1.762</b>	<b>1.185</b>
Zuzüglich/abzüglich (-):		
Bestimmter signifikanter Gewinne/Belastungen, nach Steuern	–	221 <sup>1</sup>
Bestimmter signifikanter Effekte aus Ertragsteuern	–	–
<b>Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis (Zielgrößendefinition für EPS)</b>	<b>1.762</b>	<b>1.406</b>
Ergebnis je Aktie (verwässert)	2,66 €	1,92 €
Ergebnis je Aktie (verwässert, Zielgrößendefinition)	2,66 €	2,28 €

1 Abschreibung in Höhe von 221 Mio € auf Industriebeteiligungen.

**Leverage Ratio (Zielgrößendefinition):** Eine Leverage Ratio ergibt sich aus der Division der Bilanzsumme durch das Eigenkapital. Der Konzern veröffentlicht eine bereinigte Leverage Ratio, die auf der Grundlage einer Zielgrößendefinition errechnet wird. Für diese werden die folgenden Bereinigungen durchgeführt: (1) Die Bilanzsumme gemäß IFRS wird so angepasst, dass die nach Maßgabe von US GAAP, jedoch nicht gemäß IFRS geltenden Nettingbestimmungen berücksichtigt werden, um eine bereinigte Bilanzsumme (nach US GAAP) zu erhalten, und (2) das Eigenkapital gemäß IFRS wird so angepasst, dass die Gewinne und Verluste aus sämtlichen zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten (nach Steuern) berücksichtigt werden, um das bereinigte Eigenkapital zu erzielen. Diese Berechnung beruht auf einem Durchschnittssteuersatz von 35 %. Ziel dieser Bereinigungen ist es, eine bereinigte Leverage Ratio auszuweisen, die mit der Leverage Ratio bestimmter Wettbewerber des Konzerns, die nach US GAAP bilanzieren und sämtliche eigene Verbindlichkeiten zum Fair Value bewerten, besser vergleichbar ist.

Bilanzsumme und Eigenkapital in Mrd €	31.3.2010	31.12.2009
<b>Bilanzsumme (IFRS)</b>	<b>1.670</b>	<b>1.501</b>
Bereinigung von Derivaten gemäß Nettingbestimmungen nach US GAAP	– 559	– 533
Bereinigung von nicht termingerecht abgewickelten Geschäften gemäß Nettingbestimmungen nach US GAAP	– 126	– 71
Bereinigung von Wertpapierpensionsgeschäften gemäß Nettingbestimmungen nach US GAAP	– 7	– 5
<b>Bereinigte Bilanzsumme („gemäß US GAAP“)</b>	<b>978</b>	<b>891</b>
<b>Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (IFRS)</b>	<b>40,2</b>	<b>38,0</b>
Bereinigung von Gewinnen (Verlusten) aus sämtlichen zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten (nach Steuern) <sup>1</sup>	1,7	1,3
<b>Bereinigtes Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (angepasst)</b>	<b>41,9</b>	<b>39,3</b>
<b>Leverage Ratio basierend auf dem Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss</b>		
Gemäß IFRS	42	40
Gemäß Zielgrößendefinition	23	23

1 Schätzung aufgrund der Annahme, dass sämtliche eigenen Verbindlichkeiten zum Fair Value bewertet wurden. Der kumulative Steuereffekt bezüglich der Gewinne (Verluste) aus sämtlichen zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten belief sich für das erste Quartal 2010 auf minus 0,9 Mrd € und für das zum 31. Dezember 2009 beendete Geschäftsjahr auf minus 0,7 Mrd €.